

Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen

Herausgegeben von Mitgliedern der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen

Die Schriftenreihe *Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen (TübRA)* wird von Mitgliedern der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen herausgegeben und bietet ein Forum für die an dieser Fakultät hervorgebrachte Spitzenforschung auf allen Rechtsgebieten. Als Schriftenreihe einer der renommiertesten Rechtsfakultäten Deutschlands trägt *TübRA* auf diese Weise zum Fortschritt der Rechtswissenschaft bei und ist Impulsgeber für wichtige zeitgenössische Rechtsdiskurse.

Ansprechpartnerin:

Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab)

Programmleitung Privatrecht, Strafrecht, Verfahrensrecht

ISSN: 0082-6731 - Zitiervorschlag: TübRA

Stand: 31.10.2020. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/tuebinger-rechtswissenschaftliche-abhandlungen-tuebra?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Weller, Benjamin

Kirche und Streikrecht

Eine verfassungs- und arbeitsrechtliche Analyse des »Dritten Weges« der verfassten Kirchen und ihrer Einrichtungen

Band 126
2019. XXXII, 457 Seiten.

ISBN 9783161560262
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161560279
eBook PDF 114,00 €

Im »Dritten Weg« erfolgt die Gestaltung der Arbeitsbedingungen kirchlicher und diakonischer Mitarbeiter mithilfe Arbeitsrechtlicher Kommissionen, die paritätisch mit Dienstnehmern und Dienstgebern besetzt sind. Aus verfassungsrechtlicher Sicht bewegt sich dieser »Dritte Weg« im Spannungsfeld zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der verfassten Kirchen und der Koalitionsfreiheit. Während die Zuordnung beider Gewährleistungen nach tradiertem Verständnis vom Grundsatz der praktischen Konkordanz beherrscht wird, greift Benjamin Weller auf das kirchengemäße Untermaßverbot zurück. Er zeigt, dass sich die Koalitionsfreiheit bereits auf Tatbestandsebene den Besonderheiten des kirchlichen Dienstes öffnen kann. Den Kern der Untersuchung bilden die nach wie vor umstrittenen Voraussetzungen, die das Grundgesetz sowie internationale Regelungen wie das Unionsrecht und die EMRK für einen kirchlichen Streikabschluss und die kirchengesetzliche Ausgestaltung des »Dritten Weges« bestimmen. Um diesen zu bewerten, ist es unerlässlich, sämtliche Arbeitsrechtsregelungen aus dem evangelischen und katholischen Bereich im Wege einer vergleichenden Gegenüberstellung darzustellen und zu systematisieren.

Loyal, Florian

Ungeschriebene Korrekturinstrumente im Zivilprozeßrecht

Rechtsschutzbedürfnis und Treu und Glauben

Band 125
2018. XXVIII, 491 Seiten.

ISBN 9783161557224
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161560743
eBook PDF 114,00 €

Rechtsschutzbedürfnis und Treu und Glauben haben als ungeschriebene Normen des Zivilprozeßrechts eine überragende Bedeutung in Praxis und Wissenschaft erlangt. Umso mißlicher ist es, daß im Zusammenhang mit diesen Regelungen viele Fragen und Probleme ungeklärt sind. So ist nicht nur zweifelhaft, wie die Geltung dieser Vorschriften methodisch und dogmatisch begründet werden kann. Fraglich sind auch die sachlichen Grundlagen und die Zweckmäßigkeit der bisher entwickelten Dogmatik. Florian Loyal legt eine eingehende historische, rechtstheoretische, sachliche und dogmatische Analyse des bisherigen Rechtsstands vor, die in eine weitreichende Kritik und Korrektur mündet. Dabei treten auch immer wieder allgemeine Probleme des Zivilprozeßrechts in den Blickpunkt. Denn letztlich geht es beim Rechtsschutzbedürfnis und bei Treu und Glauben um nichts weniger als die grundlegende Frage nach dem richtigen Weg zur Fortbildung des geschriebenen Zivilprozeßrechts.

Droege, Michael

Zur Besteuerung der öffentlichen Hand

Die Emanzipation des Steuerrechts und das öffentliche Wirtschaftsrecht

Band 124
2018. IX, 207 Seiten.

ISBN 9783161554933
Leinen 74,00 €

Die öffentliche Hand sieht sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung zugleich den Steuerungswirkungen des Steuerrechts und des öffentlichen Wirtschaftsrechts ausgesetzt. Beide thematisieren unter dem Leitbild der Wettbewerbsneutralität die Abgrenzung des öffentlichen Sektors zur Privatwirtschaft. Die Diskurse zwischen beiden Rechtsgebieten sind dessen ungeachtet eigentümlich unterentwickelt. Michael Droege will vor dem Hintergrund dieses Befundes und seiner historischen Pfadabhängigkeiten die Bezüge zwischen der Besteuerung des Staates im Markt und der Regulierung der Marktteilnehmer im öffentlichen Wirtschaftsrecht, zwischen Steuer und den in Recht kondensierten Vorstellungen zur Ordnung der Wirtschaft in Erinnerung rufen. Am Referenzgebiet der Besteuerung der öffentlichen Hand ist die Studie ein Plädoyer, das Steuerrecht überhaupt als Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts wiederzuentdecken.

Berner, Felix

Kollisionsrecht im Spannungsfeld von Kollisionsnormen, Hoheitsinteressen und wohlverworbenen Rechten

Band 123
2017. XII, 289 Seiten.

ISBN 9783161557279
Leinen 84,00 €

Die Geschichte des Internationalen Privatrechts ist eine Geschichte des Methodenpluralismus. Durch die Europäisierung des Internationalen Privatrechts bestimmen die Konflikte zwischen den verschiedenen Methoden nun auch das geltende Recht. Felix Berner entwickelt ein Säulenmodell, welches den Methodenpluralismus des Kollisionsrechts als Spannungsfeld zwischen Kollisionsnormen, Hoheitsinteressen und wohlverworbenen Rechten beschreibt. Dieses Modell soll die im Kollisionsrecht wirkenden Interessen offenlegen und das Internationale Privatrecht systematisieren. Ferner bietet es Anhaltspunkte, einzelne Fragen des Internationalen Privatrechts zu beantworten. Dies vertieft er am Beispiel von drei aktuellen Fragen: drittstaatliche Eingriffsnormen, die kollisionsrechtliche Behandlung der Leih- bzw. Mietmutterchaft und der gleichgeschlechtlichen Ehe.



Ebert, Björn P.

Forum Shopping in International Investment Law

Forum Planning, Forum Enhancement, and Facilitation of Procedure- Assessment and Limits -

Band 122
2017. XIX, 557 Seiten.

ISBN 9783161553240
Leinen 114,00 €

Unter Forum Shopping wird im Allgemeinen das taktische Ausnutzen einer bestehenden Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Gerichtsständen verstanden. Auch im internationalen Investitionsschutzrecht stehen einem Investor regelmäßig mehrere Foren zur Verfügung. Doch stellt sich Forum Shopping im internationalen Investitionsschutzrecht deutlich vielfältiger dar. Das internationale Investitionsschutzrecht ist von zahlreichen bilateralen und plurilateralen Abkommen geprägt, deren Anwendungsbereiche sich teilweise überschneiden. Dieses Nebeneinander verschiedener Investitionsschutzabkommen ermöglicht es Investoren Einfluss darauf auszuüben, welchem Abkommen die von ihnen getätigten Investitionen unterstehen. Hier ist insbesondere problematisch, dass sich Investoren nicht nur einen unbilligen Vorteil verschaffen können, sondern durch Forum Shopping gerade auch der Anwendungsbereich eines Abkommens eröffnet wird, das dem Investor von vornherein gar nicht offenstand. Der Arbeit liegt jedoch die Überzeugung zugrunde, dass der Gebrauch der im Recht vorgesehenen Möglichkeiten grundsätzlich nichts Verwerfliches darstellt. Das internationale Investitionsschutzrecht soll Investoren nicht zuletzt die Möglichkeit eröffnen eine unternehmerisch vernünftige Investitionsentscheidung zu treffen.

Schaal, Friederike

Die Haftung der Geschäftsführungsorgane einer insolvenzrechtlich eigenverwaltenden GmbH oder AG

Band 121
2017. XIV, 325 Seiten.

ISBN 9783161551802
Leinen 84,00 €

Das Verfahren der Eigenverwaltung wird inzwischen von vielen Unternehmen als Sanierungschance wahrgenommen. Oftmals werden für die Dauer des Eigenverwaltungsverfahrens renommierte Insolvenzverwalter oder Sanierungsexperten als sogenannte Sanierungsgeschäftsführer in die Organstellung berufen. Ungeklärt ist jedoch, ob und unter welchen Voraussetzungen die Geschäftsführungsorgane einer Haftung für insolvenzrechtliche Pflichtverletzungen unterliegen. Dies ist nicht nur für die bestellten Sanierer, sondern auch für die Gläubiger, die Judikatur und die Versicherungswirtschaft von Relevanz. Im Schwerpunkt untersucht Friederike Schaal verschiedene Haftungsmodelle aus dem bürgerlichen Recht, dem Gesellschaftsrecht und dem Insolvenzrecht. Trotz der im Ergebnis vorzugswürdigen Möglichkeit der insolvenzrechtlichen Außenhaftung der Organe ist eine gesetzliche Regelung wünschenswert. Friederike Schaal schlägt daher eine Neukonzeption des § 276a InsO vor.

Reuter, Stefan

Die Qualifikation der Haftung des falsus procurator im Internationalen Privatrecht

Band 120
2016. XXX, 437 Seiten.

ISBN 9783161544279
Leinen 104,00 €

Stellvertreter werden vielfach im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr eingesetzt. Gleichwohl existiert eine ausdrückliche Kollisionsnorm, wonach das anwendbare Recht auf die Haftung eines Vertreters bestimmt werden könnte, der ohne Vertretungsmacht handelt, weder im europäischen noch im deutschen Kollisionsrecht. In Literatur und Rechtsprechung ist lebhaft umstritten, nach welcher Kollisionsnorm das anwendbare Recht zu ermitteln ist. Mit Inkrafttreten der EU-Verordnungen Rom I und II hat die Diskussion eine neue Dimension erhalten. Stefan Reuter untersucht Kollisionsnormen sowohl der EU-Verordnungen als auch des deutschen Kollisionsrechts dahingehend, ob das anwendbare Recht auf die Haftung des falsus procurator mit Hilfe einer dieser Kollisionsnormen bestimmt werden kann. Stefan Reuter verneint dies und erarbeitet auf Grundlage der kollisionsrechtlichen Methodenlehre einen eigenen Regelungsvorschlag, der andere mitgliedstaatliche Rechtsordnungen sowie den DCFR berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit wurde 2016 mit dem Preis der Reinhold-und-Maria-Teufel-Stiftung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet.

Nörr, Knut Wolfgang

Ein geschichtlicher Abriss des kontinentaleuropäischen Zivilprozesses in ausgewählten Kapiteln

Band 118
2015. XIV, 179 Seiten.

ISBN 9783161542589
Leinen 64,00 €

Wenn sich Theoretiker und Praktiker des Zivilprozessrechts aus verschiedenen europäischen Nationen ohne große Mühe fachlich verständigen können, so geht dies auf das gemeinsame Erbe im gelehrten Prozessrecht des Mittelalters zurück, das wiederum auf dem römischen Recht aufbaut. Aus Texten unterschiedlichster Herkunft und Natur entstanden über mehrere Entwicklungsstufen allmählich vier Verfahrensordnungen (Legisaktionenverfahren, Formularprozess, klassischer Kognitionsprozess, Verfahren in nachklassischer Zeit), deren Verständnis für das heutige Zivilprozessrecht in Europa entscheidend ist. Knut Wolfgang Nörr behandelt tragende Rechtsinstitute und Verfahrensgrundsätze in bedeutenden Varianten dieser Prozessordnungen der europäischen Geschichte. Behandelt werden das römische Formularverfahren, der romanisch-kanonische Prozess, die preußisch-friderizianische Gesetzgebung, der französische Code de Procédure civile, die Genfer Loi sur la Procédure civile von 1819 mit ihrem Verfasser Bellot, die Prozessrechtswissenschaft im 19. Jahrhundert, die Reichszivilprozessordnung von 1877 sowie die österreichische Zivilprozessordnung von 1895 mit ihrem Verfasser Franz Klein. Im Einzelnen geht es um Probleme, die in der deutschen und italienischen Prozessrechtswissenschaft unter dem Stichwort der Prozessmaximen behandelt werden, insbesondere das Spannungsverhältnis von Verhandlungs- und Untersuchungsmaxime sowie Dispositions- und Officialmaxime. Was die Rechtsmittel angeht, handelt es sich insbesondere um die Frage, ob es in der zweiten Instanz nur um Rechtsfragen geht oder ob auch die Tatsachenseite neu verhandelt wird. Die vergleichende Gesamtschau dieser Fragen liefert eine historische Grundlegung für aktuelle wissenschaftliche

Brutscher, Anna-Maria

Zivilrechtsakzessorietät des Strafrechts bei Sachverhalten mit Auslandsbezug

- am Beispiel des § 242 StGB

Band 117
2014. XXIV, 433 Seiten.

ISBN 9783161528804
Leinen 109,00 €

Die Berücksichtigung des Zivilrechts bei der Anwendung strafrechtlicher Tatbestände ist etwa beim Diebstahl nach § 242 StGB anerkannt. Diesen kann nur begehen, wer eine Sache wegnimmt, die nach zivilrechtlichen Vorschriften im Eigentum eines anderen steht und auf deren Übereignung er keinen fälligen und einredefreien Anspruch hat. Weist ein Sachverhalt Bezugspunkte nicht allein zur Rechtsordnung des strafenden Staates auf, stellt sich die Frage, inwieweit und nach welchem Maßstab das (Internationale) Privatrecht einer ebenfalls berührten ausländischen Rechtsordnung über diese Schnittstelle Eingang in seine strafrechtliche Beurteilung finden darf und soll. Anna-Maria Brutscher diskutiert hierzu unterschiedliche Lösungsansätze, deren praktische Konsequenzen an einem Beispielsfall aufgezeigt und die unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher und strafrechtlicher Grundsätze gegeneinander abgewogen werden. Diese legen den Rückgriff auf ausländisches Privatrecht nahe und setzen ihm zugleich Grenzen.

Trüg, Gerson

Konzeption und Struktur des Insiderstrafrechts

Band 116
2014. XIV, 217 Seiten.

ISBN 9783161530944
Leinen 79,00 €

Das kapitalmarktbezogene Insiderstrafrecht ist als Bestandteil eines börslichen Insiderstrafrechts gemessen an der strafrechtlichen Ordnung exzeptionell. Bereits die bloße Ausnutzung einer auf einer Insiderinformation beruhenden Informationsasymmetrie ist Anknüpfungspunkt für den Einsatz von Strafrecht. Dadurch ist die grundlegende Frage nach der Legitimation des Insiderstrafrechts gestellt. Gerson Trüg fordert eine deutlich eingeschränkte Anwendung der Regelungsmaterie Strafrecht und eine autonome Betonung des Ordnungswidrigkeitenrechts zum Schutz der sozialen Ordnung Kapitalmarkt.

Loyal, Florian

Die »entgeltliche« Geschäftsführung ohne Auftrag

Grundlagen und Grenzen eines außervertraglichen Leistungsaustauschs

Band 115
2011. XX, 333 Seiten.

ISBN 9783161509636
Leinen 94,00 €

Florian Loyal beschäftigt sich umfassend mit der seit jeher umstrittenen Frage, ob demjenigen, der ohne vertragliche oder besondere gesetzliche Grundlage »für« einen anderen handelt, ein Anspruch auf Vergütung seiner Tätigkeit zusteht, wie dieser Anspruch konkret ausgestaltet ist und welche Auswirkungen er auf andere Regelungen hat, insbesondere die Haftung und Risikoverteilung. Er zeigt auf, daß die bisherigen Lösungsansätze, die sich auf punktuelle Korrekturen der Vorschriften zur »Geschäftsführung ohne Auftrag« beschränken, dogmatisch und auch im Ergebnis nicht überzeugen. Seine eigene Lösung leitet der Verfasser grundlegend aus den Prinzipien und der Systematik der außervertraglichen Schuldverhältnisse ab. Ausgangspunkt ist dabei eine streng an dem Wertungszusammenhang zwischen Tatbestand und Rechtsfolgen orientierte restriktive Deutung der Geschäftsführung ohne Auftrag, die das Vergütungsproblem teleologisch und dogmatisch schlüssig weitgehend dem Bereicherungsrecht zuweist.

Schramm, Edward

Ehe und Familie im Strafrecht

Eine strafrechtsdogmatische Untersuchung

Band 114
2011. XXX, 545 Seiten.

ISBN 9783161509292
Leinen 119,00 €

Ehe und Familie stehen nach Art. 6 Abs. 1 GG unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Edward Schramm zeigt, wie das Strafrecht dazu seinen Beitrag leistet, indem es einerseits den Verstoß gegen elementare eheliche und familiäre Verhaltensregeln unter Strafe stellt, andererseits Eheleute und Familienangehörige bei bestimmten Konflikten vor dem Zugriff der staatlichen Strafgewalt schützt. Nach einem verfassungsrechtlichen und strafrechtsgeschichtlichen Überblick wendet sich der Autor der Allgemeinen Straftatlehre zu, innerhalb derer er die für diese beiden Institutionen zentralen Themen – das Notwehrrecht in der Ehe, die Tötung eines Haustyrannen, das elterliche Erziehungsrecht, Fragen der Einwilligung und die besonderen Handlungspflichten – behandelt. Sodann zeigt er, wie Erzieherprivilegien, Angehörigenprivilegien und Strafantragsregelungen einen Abwehrmechanismus gegen einen strafenden Staat bilden. Ehe und Familie stellen aber auch in vielfältiger Weise strafrechtlich geschützte Rechtsgüter dar, weshalb namentlich die Straftatbestände aus dem 12. Abschnitt des Besonderen Teils des StGB einer Analyse unterzogen werden. Edward Schramm geht vor allem auf derzeit besonders umstrittene Fallgestaltungen wie etwa die Ausübung des elterlichen Züchtigungsrechts, die Zulässigkeit der Beschneidung von Mädchen und Knaben, den Inzest unter Geschwistern, die Babyklappe, die anonyme Geburt, die Tötung aus Gründen der Familienehre und die Zwangsheirat ein.

Hunecke, Daniel

Der Zeichnungsvertrag

Rechtsgeschäft über den Beitritt zur Kapitalgesellschaft

Band 113
2011. XXV, 317 Seiten.

ISBN 9783161508202
Leinen 89,00 €

Daniel Hunecke entwickelt ein einheitliches Konzept für die vertragliche Grundlage des originären Erwerbs von Mitgliedschaften in Kapitalgesellschaften einschließlich der Societas Europae (SE). Dieser für die Praxis wichtige Vertrag wird für die verschiedenen Gesellschaftsformen auf seine verbindenden Grundlagen unter Berücksichtigung rechtsformspezifischer Besonderheiten zurückgeführt. Diese systematisierende, einen einheitlichen Vertragstyp entwickelnde Konturierung trägt zu einem besseren Verständnis entscheidend bei. Hierdurch können wesentliche Anwendungsprobleme, wie sie in der Praxis regelmäßig, etwa beim Einsatz von Gesellschaftsanteilen als Akquisitionswährung, auftreten, einer adäquaten Lösung zugeführt werden. Insbesondere gilt dies für die Publizität, den Vertragsschluss, die Leistungspflichten, rechtsgeschäftliche Mängel, die Leistungsmodalitäten und Leistungsstörungen.

Nettesheim, Martin / Thomas, Stefan

Entflechtung im deutschen Kartellrecht

Wettbewerbspolitik, Verfassungsrecht, Wettbewerbsrecht

Band 112
2011. XIV, 176 Seiten.

ISBN 9783161508547
Leinen 59,00 €

Wirtschaftlicher Machtgewinn ist nicht verboten. Mächtige Unternehmen wecken aber in der Politik Skepsis. Die Diskussion darüber, ob dem Bundeskartellamt die Befugnis eingeräumt werden soll, marktbeherrschende Unternehmen in Ausnahmefällen zu entflechten und so die Wettbewerbschancen kleinerer Konkurrenten zu fördern, ist alt. Die Studie wendet sich gegen derartige Pläne. Behördliche Entflechtungen greifen in den Wettbewerb ein und drohen, ihn insoweit zu einer »staatlichen Veranstaltung« zu machen. Der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz steht Plänen entgegen, Unternehmen zur Verfügungsmasse der Wirtschaftspolitik zu machen. Zudem sind die volkswirtschaftlichen Folgen einer Entflechtung schwer kalkulierbar. Der Wettbewerb – und nicht behördliche Planung – sollte über Marktstruktur und Unternehmensgröße entscheiden.

Nieder, Gabriele

Ferdinand Christoph Harpprecht (1650–1714)

Tübinger Rechtsprofessor und Württembergischer Rat für Mömpelgarder Angelegenheiten zur Zeit der französischen Reunionen

Band 111
2011. XI, 294 Seiten.

ISBN 9783161504006
Leinen 99,00 €

Ferdinand Christoph Harpprecht, prominentester Tübinger Rechtsprofessor seiner Zeit und bedeutender württembergischer »Staatsdiener«, ist Mittelpunkt dieser Untersuchung, die die Biographie in den Kontext der jeweiligen wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse stellt. Ausgehend von Harpprechts Werdegang als Jurist analysiert Gabriele Nieder den Lehrbetrieb an der Eberhard Karls Universität. Sie geht dabei u.a. der Frage nach, weshalb dieser trotz des großen persönlichen Renommées Harpprechts als Konsilienautor und Rechtslehrer, ab 1700 zusehends an Ansehen einbüßt. Die Autorin untersucht darüber hinaus die Reunionsauseinandersetzung zwischen dem Haus Württemberg und Ludwig XIV., der das linksrheinische württembergische Mömpelgard und seine Nebenlande zu vereinnahmen suchte. In den überaus komplexen staats- und lehnsrechtlichen Fragen kommt Harpprecht als herzoglichem Berater und württembergischen Repräsentanten in Frankreich eine Schlüsselrolle zu.

Wollmann, Christian

Private Altersvorsorge und Gläubigerschutz

dargestellt am Beispiel der Lebensversicherung

Band 110
2010. XIX, 351 Seiten.

ISBN 9783161505584
Leinen 94,00 €

Die Lebensversicherung gehört zu den häufigsten Formen der privaten Altersvorsorge. Gleichsam bildet sie in vielen Fällen einen der letzten Vermögenswerte, die für einen Gläubigerzugriff in Betracht kommen. Die 2007 in Kraft getretenen §§ 851c ZPO, 167, 168 III 2 VVG eröffnen nunmehr die Möglichkeit eines Pfändungsschutzes für Lebensversicherungsverträge, welche der Altersvorsorge dienen. Die Frage des Pfändungsschutzes entscheidet gemäß § 36 I 2 InsO auch über die Insolvenzmassezugehörigkeit eines Lebensversicherungsvertrages. Ein solcher Pfändungsschutz muss zu Lasten potenzieller Gläubiger gehen. Er ist daher an strenge Voraussetzungen zu knüpfen und in seiner Reichweite auf das Notwendige zu begrenzen. Dabei bergen Tatbestand und Rechtsfolge nicht nur im Detail Unklarheiten. Christian Wollmann geht im vorliegenden Buch den zahlreichen Fragen und Problemen nach, die sich hier ergeben.

Hellfeld, Christian

Treuepflichten unter Miterben

Zur persönlichen Gebundenheit in organisierten Personenmehrheiten

Band 109
2010. X, 181 Seiten.

ISBN 9783161505553
Leinen 64,00 €

In der Erbengemeinschaft sind die Miterben mehr oder weniger aufeinander angewiesen, wenn das Ergebnis der Auseinandersetzung alle Beteiligten zufriedenstellen soll. Noch wesentlich stärker ist die Verbundenheit der Erben, wenn der Erblasser die Auseinandersetzung ausgeschlossen hat oder die Erbengemeinschaft aus anderen Gründen für längere Zeit fortbesteht. Dann müssen die Erben mit dem Nachlass gemeinsam wirtschaften. Wie sie das tun sollen, lässt das Gesetz im Grunde offen. Die spärlichen Regelungen zur erbengemeinschaftlichen Nachlassverwaltung geben keine annähernd befriedigende Auskunft; vielmehr sind sie für ein gedeihliches Zusammenwirken der Erben eher hinderlich. Christian Hellfeld untersucht, ob hier -ähnlich wie im Gesellschaftsrecht – eine Pflichtbindung aus Treu und Glauben oder eben doch eine »Treuepflicht« hilfreich wäre.

Finkenauer, Thomas

Vererblichkeit und Drittwirkungen der Stipulation im klassischen römischen Recht

Band 108
2010. XIV, 460 Seiten.

ISBN 9783161506017
Leinen 114,00 €

Die Stipulation gilt als Paradigma des schuldrechtlichen Vertrags. Mehrere Rechtsregeln schließen die Einbeziehung dritter Personen aus. Jedoch kennen die Quellen mit der Erben- und der Nachfolgeklausel auch Verträge mit Drittbezug. Während sich mit der Erbenklausel allmählich der Gedanke der Universalsukzession in das Versprechen durchsetzte, konnten die Parteien mit der Nachfolgeklausel sogar ihre Einzelrechtsnachfolger berechtigen und verpflichten und so Drittwirkung erzielen. Die römischen Juristen entschieden sich damit gegen die Anwendung starrer Rechtsregeln und für die Bedürfnisse des Rechtsverkehrs. Die Erkenntnis dieses Bruchs mit einem scheinbar unumstößlichen Dogma ist der Romanistik aufgrund übertriebener Textkritik bisher versperrt geblieben. Thomas Finkenauer stellt die Stipulation als Instrument privatautonomer Rechtsetzung von außerordentlicher Flexibilität vor.

Ederle, Anton

Verdeckte Beherrschungsverträge

Band 107
2010. XVII, 205 Seiten.

ISBN 9783161502637
Leinen 74,00 €

Anton Ederle untersucht in knapper und verständlicher Form erstmals umfassend die Voraussetzungen und Folgen der praktisch relevanten und in Literatur und Rechtsprechung als »verdeckte Beherrschungsverträge« bezeichneten Vereinbarungen, durch die sich ein Unternehmen unter Missachtung der besonderen beherrschungsvertragsrechtlichen Regelungen dem Einfluss eines anderen unterwirft. Neben begrifflicher Präzisierung der unterschiedlichen Terminologie und klarer Grenzziehung zwischen beherrschungsvertragsrechtlich zu beurteilender Leitungsunterstellung einerseits und schuldrechtlicher Einflusseinräumung andererseits arbeitet der Autor heraus, ob und unter welchen Voraussetzungen das konzernrechtliche Regelungs- und Sanktionsprogramm des Beherrschungsvertragsrechts, hier insbesondere die Verlustausgleichspflicht des herrschenden Unternehmens, auf teilweise leitungsunterstellende Verträge anwendbar ist.

Heger, Martin

Die Europäisierung des deutschen Umweltstrafrechts

Band 106
2009. XX, 381 Seiten.

ISBN 9783161498459
Leinen 104,00 €

Nachdem das Strafrecht aufgrund seiner traditionell besonders engen Verbindung zur nationalen Souveränität und zur kulturellen Identität der EU-Mitgliedstaaten lange von Vorgaben aus Brüssel weitgehend verschont geblieben war, werden seit einigen Jahren deutsche Strafgesetze auch durch Brüsseler Vorgaben beeinflusst. Seit Beginn der Mindestharmonisierung des materiellen Strafrechts mittels Rahmenbeschlüssen und Richtlinien gilt das Umweltstrafrecht wegen der typischerweise grenzenlosen Auswirkungen der Umweltverschmutzung geradezu als Prototyp einer derartigen Europäisierung des Strafrechts. Europäische Vorgaben zum Umweltstrafrecht sind dabei einerseits Sanktionsmittel zur Durchsetzung der EG-Umweltpolitik, zugleich aber auch integraler Bestandteil des nationalen Strafrechts. Dieses Spannungsverhältnis führte zu einem Streit über den richtigen Standort einer Europäisierung des Umweltstrafrechts, der die Europäische Union in eine tiefe intra-institutionelle Krise stürzen sollte. Erst der EuGH zerschlug mit seinem Grundsatzurteil vom 13.9.2005 den »gordischen Knoten« und machte damit den Weg frei für einen neuen Richtlinienentwurf. Martin Heger nimmt dies zum Anlass und beleuchtet die Europäisierung des Umweltstrafrechts zunächst aus europarechtlicher Sicht, stellt dem dann den Gegenstand dieser Europäisierung – das deutsche Umweltstrafrecht *de lege lata* – gegenüber und prüft dessen Änderungsbedarf im Lichte dieses Richtlinienentwurfs sowie früherer Rechtssetzungsvorschläge.

Haas, Volker

Strafbegriff, Staatsverständnis und Prozessstruktur

Zur Ausübung hoheitlicher Gewalt durch Staatsanwaltschaft und erkennendes Gericht im deutschen Strafverfahren

Band 105
2008. XII, 508 Seiten.

ISBN 9783161494024
Leinen 129,00 €

Der deutsche Strafprozess zeichnet sich durch die Besonderheit aus, dass zwar das Verfahren durch die Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsorgan in das Stadium der Hauptverhandlung gelangt, dass es aber nach ihrer Eröffnung Aufgabe des Gerichts ist, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln. Bei der Festsetzung der Strafe unterliegt es keinen Bindungen an die Anträge der anderen Prozessbeteiligten. Die Staatsanwaltschaft kann daher die Anklage in der Hauptverhandlung nicht rechtswirksam vertreten und übt somit in diesem Verfahrensabschnitt lediglich die Rolle eines Gesetzeswächters aus. Die daher nicht zu leugnende Tatsache, dass das reformierte Strafverfahren die Inquisitionsmaxime nicht vollständig überwunden hat, beruht historisch zum einen auf einem fortwirkenden quasi-absolutistischen Souveränitätsverständnis, mit dem ein wirklicher Rechtsstreit zwischen Untertan und Staat sowie wirkliche Kontrolle der Exekutive durch Gerichte als unbeteiligte Dritte nicht zu vereinbaren gewesen wäre. Zum anderen wurde der Strafrichter wiederum als Sachwalter einer sittlich oder sogar religiös begründeten absoluten Strafgerechtigkeit qualifiziert. Da beide Gründe heute unter der Herrschaft des Grundgesetzes ihre Gültigkeit verloren haben, untersucht Volker Haas abschließend, ob nicht die Hauptverhandlung als Parteiprozess ausgestaltet werden müsste, in dem der Staat sein Strafrecht gegenüber dem Angeklagten, der Angeklagte aber auch seine subjektiven Grundrechte gegenüber dem Staat vor einem neutralen Gericht durchsetzen kann.

Burchard, Christoph

»Irren ist menschlich«

Vorsatz und Tatbestandsirrtum im Lichte der Verantwortungsethik und der Emanzipation des angegriffenen Mitmenschen

Band 104
2008. XXXII, 529 Seiten.

ISBN 9783161495571
Leinen 124,00 €

Der Vorsatz des Täters kann entweder trotz eines Irrtums bejaht oder aber wegen eines Irrtums verneint werden. So begrenzt damit die irrtumsdogmatischen Antwortmöglichkeiten auch erscheinen mögen – die zugrunde liegenden Wertungen sind um ein Vielfaches komplexer. Immerhin gilt es zu klären, für welche unvorhergesehen Geschehen der Beschuldigte vorsatzdeliktisch verantwortlich sein soll. Doch was sind Grund und Grenze sowie Maßstab einer subjektiven Zurechnung von Unvorhergesehenem zum Vorsatz?

Christoph Burchard untersucht diese Grundlagenprobleme und führt sie einer in sich geschlossenen Lösung zu. Ausgehend von einer Systematisierung der verschiedenen Irrtumsfallgruppen – von den Klassikern wie der *aberratio ictus* zu den weniger bekannten Irrtümern wie dem über Tatbestandsalternativen – stellt er die Normativität des Vorsatzurteils in aller Deutlichkeit heraus. Um dieses Urteil nicht der Beliebigkeit preiszugeben, orientiert er die Irrtumslehre an der Schuld und erarbeitet darüber hinaus eine strafrechtsphilosophische Fundierung der Vorsatz- und Irrtumsdogmatik. Diese wird in Anlehnung an Max Webers Verantwortungsethik zum einen individualistisch begründet, weist aber zum anderen auch dem konkret durch eine Tat angegriffenen Mitmenschen einen eigenen Stellenwert zu. Indem er diesen Ansatz für die Falllösung fruchtbar macht, dogmatisiert der Autor fallgruppenübergreifend gültige Argumentationsmuster. Diese sichern die aus Rechtsprechung und Lehre bekannten Ergebnisse teils zusätzlich ab, stellen sie teils grundsätzlich in Frage und teils auf eine neue Basis.

Hartmann, Felix

Der Anspruch auf das stellvertretende commodum

Band 103
2007. XXII, 375 Seiten.

ISBN 9783161494680
Leinen 119,00 €

Der früher in § 281 BGB a.F. geregelte Anspruch auf das stellvertretende commodum ist nahezu unverändert ins modernisierte Schuldrecht übernommen worden. Gleichwohl strahlt das neue Regelungsumfeld auf die Interpretation des heutigen § 285 BGB aus. So fordern insbesondere die Änderungen bei den Grenzen der Leistungspflicht dazu heraus, zahlreiche Fragen neu zu durchdenken. Dies gilt etwa für die Möglichkeit eines Commodumsanspruchs bei anfänglichen Leistungshindernissen oder den Übergang von der Naturalerfüllung auf die Ersatzherausgabe. Weiterhin ungeklärt sind auch nach der Schuldrechtsreform Probleme wie die Anwendbarkeit des § 285 BGB bei Handlungs- und Unterlassungspflichten.

Felix Hartmann geht diesen Fragen nach und orientiert sich dabei an der Ordnungsfunktion des § 285 BGB. Er verteidigt das herkömmliche bereicherungsrechtliche Verständnis gegenüber neueren Strömungen, die teilweise eine schadensersatzrechtliche Einordnung des Rechtsbehelfs befürworten. Kritisch beurteilt er dagegen eine Tendenz in der neueren Literatur, die Ersatzherausgabe an die Naturalvollstreckbarkeit der ursprünglich geschuldeten Leistung zu koppeln. Der Autor konkretisiert die Parallele zum Kondiktionsrecht, indem er den Anspruch aus § 285 BGB konsequent auf den Zweck zurückführt, eine widerrechtliche Vermögensverteilung zu beseitigen. Auf dieser Grundlage kommt er vielfach zu neuen Ergebnissen. So befürwortet er etwa eine Pflicht zur Herausgabe verzögerungsbedingter Surrogate und erarbeitet eine Lösung für das Gewinnhaftungsproblem, die sich ebenfalls an der bereicherungsrechtlichen Ordnungsfunktion des § 285 BGB orientiert.

Ahrens, Martin

Prozessreform und einheitlicher Zivilprozess

Einhundert Jahre legislative Reform des deutschen Zivilverfahrensrechts vom Ausgang des 18.

Jahrhunderts bis zur Verabschiedung der Reichszivilprozessordnung



Band 102
2007. XIX, 701 Seiten.

ISBN 9783161488399
Leinen 154,00 €

Die Schaffung eines freiheitlichen Zivilverfahrens ist ein hervorragendes Thema bei der Herausbildung eines vom Bürgertum mitgeprägten Staates. Martin Ahrens untersucht, wie mit dem Zerfall des Alten Reiches die Entwicklungen des Erkenntnisverfahrens zunächst auseinander liefen, schließlich aber doch eine Grundtendenz zur Vereinheitlichung auch des Zivilprozessrechts materiell ausgeformt und umgesetzt wurde. Die Ausbildung der Partikularrechte anstelle einer Fortbildung des Gemeinen Rechts erscheint dabei geradezu als prozessgeschichtliches 'Schicksal'. Einen Schwerpunkt nach seinem Gewicht für die gesamtdeutsche Entwicklung bildet der bürgerliche Prozess in Hannover, dessen Gesetzgebungsmaterialien erstmals umfassend ausgewertet werden. Die Prägestärke der hannoverschen bürgerlichen Prozessordnung von 1850 resultierte aus der geglückten Fixierung der Mündlichkeit und ihrer Harmonisierung mit gemeinrechtlichen Regeln. Personalisiert ist dieser Einfluss in G.A.W. Leonhardt, dem letzten königlich-hannoverschen und später langjährigen preußischen Justizminister. Demgegenüber konnten die preußischen Prozessreformen keinen dem politischen Gewicht Preußens entsprechenden Einfluss gewinnen. Aus dem französischen Verfahren, auch in seiner in der bayerischen Prozessordnung von 1869 rezipierten Gestalt, wurden in der langen, über zahlreichen Etappen der Prozessreform verlaufenden Diskussion vor allem prozessuale Ideale abgeleitet und ausgebildet. Die Reichszivilprozessordnung stellt den Abschluss einer Entwicklung dar, in der sich Prozessgesetzgebung mehr und mehr als Ergebnis eines systematischen, prinzipiengeleiteten Zugriffs präsentiert.

Berger, Lucina

Insolvenzschutz für Markenlizenzen

Band 101
2006. XVII, 260 Seiten.

ISBN 9783161491986
Leinen 94,00 €

Marken und Markenlizenzen stellen heute oftmals zentrale Vermögensbestandteile eines Unternehmens dar. Umso gravierender kann sich die Insolvenz des Markeninhabers oder eines Lizenznehmers auf die jeweils andere Partei eines Markenlizenzvertrages auswirken. Lucina Berger untersucht nach einer kurzen Einordnung der Markenlizenz in das System obligatorischer und dinglicher Rechte zunächst die Insolvenz des Lizenzgebers. Sie arbeitet Insolvenzzrisiken heraus, die sich für den Lizenznehmer und die Gläubigergemeinschaft in der Insolvenz des Markeninhabers ergeben können. Im Zentrum steht dabei die Einschätzung der Gefahr eines insolvenzbedingten Rückfalls der Nutzungsrechte auf den Lizenzgeber bzw. die Insolvenzmasse und des damit einhergehenden Risikos, getätigte Investitionen zu verlieren. Diesen Insolvenzzrisiken werden dann Wege gegenübergestellt, wie sich der Lizenznehmer unter Umständen bereits bei Vertragsabschluss gegen entsprechende Gefahren absichern kann. Im zweiten Teil des Buches erörtert die Autorin die Insolvenz des Lizenznehmers. Auch hier stellt sie vorab die Risiken der Insolvenz für den Lizenzgeber und die Gläubigergemeinschaft dar. So kann die Insolvenz des Lizenznehmers beispielsweise zu einem erheblichen Wertverlust der Marke führen, wenn der Lizenznehmer Ausübungspflichten insolvenzbedingt nicht mehr nachkommen kann und es dem Lizenzgeber verwehrt bleibt, den Lizenzvertrag durch Kündigung zu beenden. Auch für die Insolvenz des Lizenznehmers werden anschließend unterschiedliche Möglichkeiten vorgestellt, wie Insolvenzzrisiken bereits bei Vertragsabschluss durch entsprechende Vorkehrungen vermieden werden können.

Mossler, Patrick

Bereicherung aus Leistung und Gegenleistung

Der nichtige gegenseitige Vertrag und die Insolvenz

Band 100
2006. XI, 213 Seiten.

ISBN 9783161491054
Leinen 94,00 €

Patrick Mossler untersucht das Problem der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge in der Insolvenz einer Vertragspartei. Ausgehend von der schon 1903 vom Reichsgericht gefundenen Aussage, dass alle Folgen aus der Durchführung eines nichtigen gegenseitigen Vertrages in einem einheitlichen Bereicherungsausgleich rückabzuwickeln sind, formuliert der Autor die grundlegende Erkenntnis, dass es im Bereicherungsrecht stets der Bestimmung eines rechtsgrundlosen Erwerbs als Ausgangspunkt und der Zurechnung von bestimmten Vermögensfolgen hierzu als dessen rechtsgrundloses Ergebnis bedarf, um sagen zu können, dass der Bereicherungsschuldner eine bestimmte Vermögensposition ohne Rechtsgrund hat und diese daher von ihm herauszugeben ist. Dieser 'Rechtsgrundlosigkeitszusammenhang' als das im Bereicherungsrecht maßgebliche Zurechnungskriterium ergibt, dass beim durchgeführten nichtigen gegenseitigen Vertrag regelmäßig die Bereicherung beider Seiten der Vertragsdurchführung zuzurechnen ist, so dass deren Ausgleich jeweils nur Zug-um-Zug verlangt werden kann. Auf dieser Grundlage untersucht der Autor, wie der Insolvenzverwalter die aus der Durchführung des nichtigen Vertrages resultierenden Bereicherungsansprüche der Masse geltend machen kann und wie im Insolvenzfall diese Bereicherungsansprüche mit sonstigen Ansprüchen aus der Vertragsdurchführung verbunden sind.

Schlecht, Kerstin

Die zivilrechtliche Haftung des Strafverteidigers

Zugleich eine Darstellung seines Pflichtprogramms

Band 99
2006. XI, 270 Seiten.

ISBN 9783161491085
Leinen 94,00 €

Unterlaufen einem zivilrechtlich tätigen Rechtsanwalt Fehler, wird er oftmals in Regress genommen. Im strafrechtlichen Bereich hingegen werden Schadensersatzansprüche seitens des Mandanten selten realisiert. Kerstin Schlecht untersucht, ob auch ein Strafverteidiger im Falle fehlerhaften Verhaltens ersatzpflichtig sein kann. Dazu arbeitet sie zunächst einen Katalog der den Strafverteidiger treffenden Pflichten heraus. Die Autorin kommt hier zu dem Ergebnis, dass der Strafverteidiger im Gegensatz zum zivilrechtlich tätigen Anwalt nicht an Weisungen seines Mandanten gebunden ist, abgesehen hiervon aber das für den zivilrechtlich tätigen Anwalt entwickelte Pflichtenprogramm im Grundsatz auf den Verteidiger übertragbar ist, wenn auch die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede und die Besonderheiten des Strafverfahrens im Einzelnen zu Modifikationen führen. Außerdem geht sie auf mehrere Sonderprobleme der Verteidigerhaftung ein, wobei insbesondere die Frage der Verteidigerpflichten im Bereich strategischer Erwägungen sowie im Grenzbereich eigener Strafbarkeit besondere Beachtung erfahren. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches liegt auf Schadens- und Kausalitätsfragen. Hier zeigt

sich, dass grundsätzlich in einer strafrechtlichen Sanktion unabhängig von der Schuld des Mandanten ein Schaden gesehen werden kann und dass Probleme des hypothetischen Prozessverlaufs der Schadensermittlung nicht entgegenstehen. Weiter wird dargelegt, dass kein Bedürfnis für eine Umkehr der sich nach allgemeinen Regeln ergebenden Beweislast des Mandanten für einen ihm günstigeren hypothetischen Verfahrensverlauf besteht.

Eisele, Jörg

Die Regelbeispielmethode im Strafrecht

Zugleich ein Beitrag zur Lehre vom Tatbestand

Band 97
2004. XXIV, 483 Seiten.

ISBN 9783161482991
Leinen 124,00 €

Im Mittelpunkt dieses Buches steht die Regelbeispielmethode, die vom Gesetzgeber im Bereich der Strafverschärfung aufgrund ihrer Flexibilität zunehmend eingesetzt wird. Diese Technik hat mit dem 6. Strafrechtsreformgesetz aus dem Jahre 1998 eine Ausweitung erfahren. Gleichzeitig wurde in Hinblick auf ihre Unbestimmtheit und dem damit verbundenen Mangel an Rechtssicherheit in der Literatur heftige Kritik erhoben, so daß die Regelbeispielmethode nunmehr wieder in das Blickfeld der wissenschaftlichen Diskussion gerückt ist. Die mit dieser Rechtsfigur verbundenen Probleme beruhen vor allem darauf, daß die vom Gesetzgeber zur Erläuterung der Generalklausel des besonders schweren Falles genannten Regelbeispiele nach Ansicht der herrschenden Meinung weder abschließend noch zwingend sind. Dem Richter wird somit ein erheblicher Spielraum bei der Entscheidung, ob der strengere Strafrahmen Anwendung findet, eingeräumt. Jörg Eisele arbeitet die Regelbeispieltechnik erstmals umfassend wissenschaftlich auf und ordnet sie in die vorhandenen dogmatischen Kategorien des Straftataufbaus ein. Er untersucht auch verwandte Regelungstechniken und bezieht Strafmilderungsgründe mit ein. Dabei werden nicht nur allgemeine Fragen der Gesetzgebungstechnik und der Abgrenzung der Aufgaben des Gesetzgebers und des Richters erörtert, sondern auch Lösungsvorschläge für Wissenschaft und Praxis entwickelt. Außerdem wird diskutiert, inwieweit sich die Regelbeispieltechnik mit den Grundsätzen des Europäischen Strafrechts vereinbaren läßt.

Lobinger, Thomas

Die Grenzen rechtsgeschäftlicher Leistungspflichten

Zugleich ein Beitrag zur Korrekturbedürftigkeit der §§ 275, 311a, 313 BGB n.F.

Band 96
2004. XVII, 403 Seiten.

ISBN 9783161482373
Leinen 119,00 €

Die Frage, ob und inwieweit rechtsgeschäftliche Leistungspflichten durch veränderte, insbesondere leistungerschwerende Umstände berührt werden, gehört seit jeher zu den Hauptproblemen des vertraglichen Schuldrechts. Im Zuge der Schuldrechtsmodernisierung haben auch die insoweit einschlägigen Regelungen des BGB erhebliche Änderungen erfahren. In kritischer Auseinandersetzung mit den neuen Vorschriften (v.a. §§ 275, 311a, 313 BGB) entwickelt Thomas Lobinger ein Lösungskonzept, das sich strikt an der Privatautonomie als dem Geltungsgrund rechtsgeschäftlicher Leistungspflichten orientiert. Dessen Leistungsfähigkeit belegt er anhand zahlreicher Fälle aus der Rechtsprechung sowie auch an Problemfeldern, deren Regelung das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz bewußt offen gelassen hat (insbesondere die sog. vorübergehende Unmöglichkeit). Dabei sichert er sein Konzept immer auch durch historische sowie rechtsvergleichende Hinweise ab. Die Untersuchung ist damit nicht nur für die Anwendung der neuen Vorschriften des deutschen BGB von Bedeutung. Sie läßt sich zugleich als Vorarbeit für ein künftiges europäisches Schuldvertragsrecht verstehen.

Trüg, Gerson

Lösungskonvergenzen trotz Systemdivergenzen im deutschen und US-amerikanischen Strafverfahren

Ein strukturanalytischer Vergleich am Beispiel der Wahrheitserforschung

Band 94
2003. XXIV, 534 Seiten.

ISBN 9783161479328
Leinen 129,00 €

Das deutsche und das US-amerikanische Strafverfahren liegen in dogmatischer Hinsicht weit auseinander. Dies führt zu dem Schluß, daß auch die Praxis von Strafverfahren in Deutschland und den USA verschieden ist und zu unterschiedlichen Ergebnissen führt.

Beide Rechtsordnungen haben jedoch mit vergleichbaren Problemen wie Massenkriminalität einerseits und schwerer Kriminalität andererseits zu kämpfen. So entstehen in beiden Staaten an das jeweilige Strafjustizsystem gerichtete Regelungsbedürfnisse. Dadurch bedingt haben sich für den Bereich der Massenkriminalität Effizienz- und Erledigungsstrategien herausgebildet, wohingegen Strafverfahren aus dem Bereich der schweren Kriminalität materielle Gerechtigkeitsvorstellungen auslösen. Diese Strategien und Vorstellungen werden dauerhafte Bestandteile der Praxis des Verfahrens und verursachen Modifikationen des deutschen und des amerikanischen Strafprozesses.

Gerson Trüg untersucht diese Modifikationen und weist Parallelen in der Praxis des deutschen und des US-amerikanischen Strafverfahrens nach. Unter dem Blickwinkel der Wahrheitserforschung, die beide Verfahrensordnungen für sich als Ziel reklamieren, überprüft er zunächst, ob es im Bereich der Verfolgung von Massenkriminalität Konvergenzen hinsichtlich der Anwendung des Opportunitätsprinzips gibt. Anschließend wird untersucht, ob die Praxis der sogenannten Verständigungen vergleichbar ist und schließlich geht es um Konvergenzen im Bereich der Verfolgung von schwerer Kriminalität durch Darlegung der Praxis des Beweisrechts.



Picker, Eduard

Privatrechtssystem und negatorischer Rechtsschutz

Band 92
2019. XII, 1065 Seiten.
ISBN 9783161476150
Leinen 239,00 €

Der Band vereint sieben Schriften zum negatorischen Rechtsschutz. Sie verbindet ein doppeltes Ziel: Einerseits sollen an der negatorischen Haftung in ihrem Zusammenwirken mit der Delikts- und Bereicherungshaftung die Wertungs-, Gestaltungs- und Funktionsprinzipien des Privatrechts aufgezeigt werden. Insoweit soll die geltende Ordnung als eine Rechtszuweisungsordnung verdeutlicht werden, die durch die strenge Ausrichtung der instrumentellen Schutzinstitute auf die zugewiesene materiale Rechtsposition charakterisiert und damit subjektivrechtlich verfasst ist. Andererseits soll diese Klärung des Privatrechtssystems mit seinem Zusammenspiel von Rechtszuweisung und Rechtsschutz die unverändert umstrittene negatorische Haftung als eine ursachenunabhängige Zustandshaftung erweisen, die sich allein auf die Beseitigung oder Abwehr eines bestehenden oder drohenden rechtszuweisungswidrigen Zustands bei den beiden Parteien richtet. Insbesondere soll sie deren Geltung auch für die Störerhaftung der Intermediäre des Internets bei Verletzung persönlichkeits-, immaterialgüter- und wettbewerbsrechtlicher Rechte belegen.

»Die Theorie Pickers ist eine brillante dogmatische Leistung...Überdies befindet sie sich im Schrifttum deutlich im Vordringen.«

Claus-Wilhelm Canaris (zu Eduard Pickers Dissertation) Lehrbuch des Schuldrechts 1994, 696

Altenhain, Karsten

Das Anschlußdelikt

Grund, Grenzen und Schutz des staatlichen Strafanspruchs und Verfallrechts nach einer individualistischen Strafrechtsauffassung

Band 91
2002. XVI, 470 Seiten.
ISBN 9783161476358
Leinen 114,00 €

Die Anschlußdelikte des Strafgesetzbuchs – Begünstigung, Strafvereitelung, Hehlerei, Geldwäsche – stellen Handlungen nach einer Straftat unter Strafe, unterscheiden sich aber in Anwendungsbereich und Schutzrichtung. Die dadurch bedingten Ungereimtheiten wurden durch die Einführung des Tatbestands der Geldwäsche weiter verschärft. Karsten Altenhain bearbeitet diese Problematik ausgehend von der These, daß ein Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Anschlußdelikte und den Grundauffassungen zu Verbrechen und Strafe besteht. Daraus ergeben sich Folgerungen für eine Neukonzeption der Anschlußdelikte. Den ersten Teil dieser These hinterfragt er im Rahmen einer historischen Untersuchung der Entwicklung der Anschlußdelikte bis hin zum Reichsstrafgesetzbuch. Anschließend erörtert Karsten Altenhain die heute vertretenen Ansichten zu den Anschlußdelikten, ihre Wurzeln in der naturalistisch-positivistischen Strafrechtsauffassung und deren Lehren von Verbrechen und Strafe. Er entwirft sodann auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse eine strikt auf die Legitimation gegenüber den Individuen bezogene Strafrechtsauffassung und schlägt eine auf diese Auffassung gegründete einheitliche Neufassung des Anschlußdelikts vor. Abschließend untersucht er, ob und inwieweit die Geldwäsche Teil dieses Anschlußdelikts ist.

Vollkommer, Gregor

Der ablehnbare Richter

Die Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Gebots richterlicher Unparteilichkeit im Prozeß

Band 90
2001. XXIV, 384 Seiten.
ISBN 9783161476297
Leinen 119,00 €

Das Recht auf einen unparteiischen Richter gilt als Allgemeingut sowohl des Verfassungs- als auch des einfachen Verfahrensrechts. Die richterliche Unparteilichkeit garantiert die Zivilprozeßordnung durch das mit zahlreichen Auslegungstreitigkeiten belastete Ablehnungsverfahren der §§ 42–48 ZPO. Ein besonderes Problem entsteht, wenn ein Ablehnungsgrund erst zu einem Zeitpunkt entdeckt wird, zu dem der Richter bereits sein Urteil gesprochen hat. Eine 'nachträgliche Richterablehnung' wurde bislang in Literatur und Rechtsprechung nahezu einhellig abgelehnt. Mit der vorliegenden Untersuchung arbeitet Gregor Vollkommer erstmals diese Thematik dogmatisch auf und führt sie einer in sich geschlossenen Lösung zu. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß schon die Mitwirkung eines ablehnbaren Richters zu einem Verfahrensfehler führt. Der in der unteren Instanz übersehene Ablehnungsgrund kann daher auch noch im höheren Rechtszug geltend gemacht werden. Während der laufenden Instanz wird der Verfahrensfehler im Ablehnungsverfahren behoben. Ausgehend von dieser Erkenntnis ergeben sich zahlreiche Folgerungen für die Ausgestaltung des Ablehnungsverfahrens, sein Verhältnis zum Prozeß in der Hauptsache und zu dem Rechtsmittelverfahren. Das abweichende Verständnis der herrschenden Meinung erweist sich als ein Relikt des gemeinen Prozeßrechts. Der Autor bedient sich eines weit ausholenden methodischen Ansatzes. Nach der Analyse des Verfassungsrechts, der Europäischen Menschenrechtskonvention und einer umfassenden rechtshistorischen Untersuchung des Ablehnungsrechts sichert er die gefundenen Erkenntnisse schließlich rechtsvergleichend ab. Die auf diesem Weg gewonnenen Ergebnisse legen eine vollständige Neukonzeption des geltenden Ablehnungsrechts nahe.

Buck, Petra

Wissen und juristische Person

Wissenszurechnung und Herausbildung zivilrechtlicher Organisationspflichten

Band 89
2001. XXIII, 566 Seiten.
ISBN 9783161475801
Leinen 139,00 €

Die Rechtsfolgen einer Norm hängen häufig davon ab, über welche Kenntnisse von bestimmten Umständen jemand verfügt. Unter welchen Voraussetzungen müssen sich juristische Personen und andere Organisationen das innerhalb ihrer Organisation vorhandene Wissen zurechnen lassen? Petra Buck behandelt diese wissenschaftlich umstrittene Frage, die auch für die Praxis von Bedeutung ist.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die Frage, was positive Kenntnis im Rechtssinne überhaupt ist und welche Anforderungen an diese zu stellen sind. Sodann untersucht die Autorin vor allem, ob für die Wissenszurechnung bei juristischen Personen eine Sonderdogmatik erforderlich ist, oder ob nicht vielmehr ein für sämtliche Wissensnormen und Organisationsformen gültiges, abschließendes System der Zurechnung von Wissen treffender wäre. Inwieweit sind die wenigen Anknüpfungspunkte, die das Zivilrecht für eine Zurechnung von Wissen bereithält, überhaupt geeignet, die Grundlage einer Wissenszurechnungsdogmatik abzugeben? Petra Buck setzt zwar bei einer an § 166 BGB anknüpfenden Systembildung an, zeigt aber auch deren Grenzen. Sie zeigt die Schwachpunkte des von einigen Senaten des Bundesgerichtshofs favorisierten Lösungsansatzes auf, der beim Kriterium der Verantwortlichkeit für die Schaffung von Risiken im Rahmen arbeitsteiliger Aktivitäten ansetzt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse und mit Hilfe des § 166 BGB sowie des Grundsatzes von Treu und Glauben entwickelt sie schließlich einen eigenen Lösungsansatz. Zudem geht sie auf die Schranken des möglichen Informationsflusses in Organisationen ein.

Lobinger, Thomas

Rechtsgeschäftliche Verpflichtung und autonome Bindung

Zu den Entstehungsgründen vermögensaufstockender Leistungspflichten im Bürgerlichen Recht

Band 88
1999. XVI, 373 Seiten.
ISBN 9783161472329
Leinen 114,00 €

Verpflichtungen, die wie schuldvertragliche Leistungspflichten der Aufstockung des Gläubigervermögens dienen, erfordern nach traditioneller Lehre einen entsprechenden Verpflichtungswillen des Schuldners. Demgegenüber erkennen Wissenschaft und Rechtsprechung solche Verpflichtungen heute in weitem Umfang auch dann an, wenn dieser Verpflichtungswille fehlt.

Thomas Lobinger überprüft die Tragfähigkeit der von den modernen Lehren zumeist herangezogenen Verschuldens-, Vertrauens-, Verkehrsschutz- und Verantwortungsgesichtspunkte und weist im Anschluß daran auf die grundlegenden Ordnungsmuster des Bürgerlichen Rechts hin. Dabei zeigt sich, daß man im Hinblick auf die Entstehung vermögensaufstockender Leistungspflichten für das Bürgerliche Recht auch heute noch vom Willensprinzip als Grundregel ausgehen muß. Deutlich gemacht wird ferner, daß die zentralen Vorschriften des BGB über Rechtsgeschäfte dieser Grundregel auch weitgehend entsprechen. Thomas Lobinger untersucht insbesondere den Grundsatz der Unbeachtlichkeit geheimer Vorbehalte sowie die gesetzliche Irrtumsregelung. Für die Problematik des 'fehlenden Erklärungsbewußtseins' unterbreitet er einen neuen Lösungsvorschlag. Außerdem interpretiert er die sogenannten 'Rechtsscheinvollmachten' der §§ 170 ff. BGB sowie die Erfüllungshaftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht nach § 179 BGB neu. Abschließend sucht er nach einem neuen dogmatischen Fundament für die Lösung der Problematik 'faktischer Vertragsverhältnisse der Daseinsvorsorge' und des 'sozialtypischen Verhaltens'.

Band 86
1997. XVI, 188 Seiten.
ISBN 9783161468438
Leinen 79,00 €

Moosheimer, Thomas

Die actio injuriarum aestimatoria im 18. und 19. Jahrhundert

Eine Untersuchung zu den Gründen ihrer Abschaffung

Band 84
1997. XV, 640 Seiten.
ISBN 9783161467332
Leinen 169,00 €

Sternberg-Lieben, Detlev

Die objektiven Schranken der Einwilligung im Strafrecht

Inwieweit kann ein freiverantwortlich Handelnder auf den ihm durch das Strafrecht gewährten staatlichen Schutz verzichten? In welchem Umfang ist umgekehrt der Staat befugt, die vom Betroffenen selbst preisgegebenen Interessen zu dessen eigenem Wohl oder im Interesse Dritter zu schützen? Der Autor untersucht zunächst die verfassungsrechtliche Verankerung der Einwilligung und die von der Verfassung vorgegebenen Schranken einer Einwilligung. Er betrachtet dabei strafgesetzlich normierte Einwilligungsschranken (namentlich § 226a StGB) ebenso wie einwilligungsähnliche Konstellationen, aber auch die Verweigerung einer Einwilligung. Einwilligungsschranken aus dem nichtstrafrechtlichen Teil der Rechtsordnung werden im Spannungsfeld von einheitlicher Rechtsordnung und spezifischer Strafrechtswidrigkeit dargestellt.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es bei der Beschränkung der individuellen Handlungsfreiheit durch den Gesetzgeber, der die Grundentscheidung trifft, und den Strafrechtsanwender, der im Einzelfall die gesetzliche Vorgabe vollendet?

Detlev Sternberg-Lieben untersucht hierbei auch die für die Strafgesetzgebung entscheidenden materiellen verfassungsrechtlichen Maximen und die Beschränkung der verfassungsgerichtlichen Kontrolldichte, die sich aus der grundgesetzlichen Stellung des Gesetzgebers ergibt.

Band 82
1996. X, 208 Seiten.
ISBN 9783161465857
Brochur 79,00 €

Die innere Einheit Deutschlands inmitten der europäischen Einigung

Deutschlands Weg 50 Jahre nach dem Kriege. Ringvorlesung der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen 1995

Hrsg. v. Martin Heckel

Band 81
1996. XIV, 175 Seiten.

ISBN 9783161465666
Leinen 74,00 €

Mertens, Bernd

Im Kampf gegen die Monopole

Reichstagsverhandlungen und Monopolprozesse im frühen 16. Jahrhundert

Band 80
1995. XIV, 154 Seiten.

ISBN 9783161464959
Leinen 74,00 €

Picker, Eduard

Schadensersatz für das unerwünschte eigene Leben »Wrongful life«

Band 79
1995. XII, 262 Seiten.

ISBN 9783161463228
Leinen 99,00 €

Ernst, Wolfgang

Rechtsmängelhaftung

Band 77
1994. XXIV, 396 Seiten.

ISBN 9783161462481
Leinen 109,00 €

Classen, Claus Dieter

Wissenschaftsfreiheit außerhalb der Hochschule

Zur Bedeutung von Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz für ausseruniversitäre Forschung und Forschungsförderung

Band 76
1994. XX, 560 Seiten.

ISBN 9783161462092
Leinen 169,00 €

Wagner, Eberhard

Vertragliche Abtretungsverbote im System zivilrechtlicher Verfügungshindernisse

Band 75
1994. X, 212 Seiten.

ISBN 9783161461514
Leinen 74,00 €

Müller, Claudius

Die Rechtsphilosophie des Marburger Neukantianismus

Naturrecht und Rechtspositivismus in der Auseinandersetzung zwischen Herrmann Cohen, Rudolf Stammler und Paul Natorp

Band 74
1993. VIII, 145 Seiten.

ISBN 9783161460722
Leinen 79,00 €

Jakobs, Horst Heinrich

Lucrum ex negotiatione

Kondiktionsrechtliche Gewinnhaftung in geschichtlicher Sicht

Band 73
1992. VII, 149 Seiten.

ISBN 9783161459665
Broschur 44,00 €

Wege zu einem europäischen Zivilprozeßrecht

Tübinger Symposium zum 80. Geburtstag von Fritz Baur

Hrsg. in Zus.-Arb. m. d. Juristischen Fakultät d. Universität Tübingen v. Wolfgang Grunsky u. Rolf Stürner

Band 72
1992. XVI, 289 Seiten.

ISBN 9783161458569
Leinen 69,00 €

Bach, Albrecht

Wettbewerbsrechtliche Schranken für staatliche Massnahmen nach europäischem Gemeinschaftsrecht

Ernst, Wolfgang

Eigenbesitz und Mobiliarerwerb

Band 71
1992. XII, 330 Seiten.

ISBN 9783161459061
Leinen 109,00 €

Nach der Grundthese der Arbeit sind die Bestimmungen des BGB für den Besitz (§§ 854ff. BGB) bloß für den Besitzschutz angeordnet. Für Besitzwechsel bzw. Besitzerwerb, wie er für Übereignung, gutgläubigen Erwerb und Aneignung erforderlich ist, kommt es dagegen auf den Eigenbesitz an. Für die Zuordnung als Eigenbesitz ist ausschlaggebend, daß die Sache wie eine eigene in Anspruch genommen wird. Dabei ist es gleichgültig, ob man durch eigenen Sachumgang oder unter Überlassung an vertragliche oder statusabhängige Sachabnehmer die Sachbestimmung beansprucht. Deswegen ist der Tatbestand des Eigenbesitzes von dem für den Besitzschutz maßgeblichen tatsächlichen Gewaltverhältnis wesentlich verschieden; insbesondere entfällt die Gegensätzlichkeit von mittelbarem und unmittelbarem Besitz. Die höheren Besitzfiguren der *brevi* und *longa manu traditio*, der sog. Geheißerwerb, das Besitzkonstitut und die Übertragung mittelbaren Besitzes durch Anspruchsabtretung sind vom Tatbestand der räumlichen Beherrschung her nicht sachgerecht zu erfassen. Sie werden als Vorgänge des konsensualen Wechsels im Eigenbesitz systematisch entfaltet. Weil das BGB mit dem Tatbestand des Eigenbesitzes die gemeinrechtliche *civillis possessio* fortführt, handelt es sich darum, die in der Überlieferung namentlich von Savigny heraus gebildete Besitzlehre »kritisch zu überprüfen und nach Kräften weiterzuführen«. In die Besitzlehre muß vor allem das antizipierte Besitzkonstitut eingefügt werden. Auch die Lehre von der Beendigung des mittelbaren Besitzes durch Untreue des Besitzmittlers ist weiterzuführen.

Band 70
1991. XXII, 344 Seiten.

ISBN 9783161456879
Leinen 104,00 €

Reul, Jürgen

Die Pflicht zur Gleichbehandlung der Aktionäre bei privaten Kontrolltransaktionen

Eine juristische und ökonomische Analyse

Band 68
1990. XVII, 291 Seiten.

ISBN 9783166454863
Leinen 64,00 €

Rütten, Wilhelm

Mehrheit von Gläubigern

Band 66
1988. XX, 270 Seiten.

ISBN 9783166452968
Leinen 89,00 €

Kotzur, Hubert

Kollisionsrechtliche Probleme Christlich-Islamischer Ehen

Dargestellt am Beispiel deutsch-maghrebinischer Verbindungen



Band 64
1987. VIII, 305 Seiten.
ISBN 9783166451909
Leinen 79,00 €

Grasnick, Walter

Über Schuld, Strafe und Sprache

Systematische Studien zu den Grundlagen der Punktstrafen- und Spielraumtheorie

Band 62
1986. XVI, 309 Seiten.
ISBN 9783166450186
Leinen 109,00 €

Weber, Helmut

Die Theorie der Qualifikation

Franz Kahn, Etienne Bartin und die Entwicklung ihrer Lehre bis zur universalen Anerkennung der Qualifikation als allgemeines Problem des Internationalen Privatrechts (1890–1945)

Band 60
1985. XVII, 221 Seiten.
ISBN 9783166449258
Festeinband 64,00 €

Mülbert, Peter

Mißbrauch von Bankgarantien und einstweiliger Rechtsschutz

Die dogmatischen Grundlagen der Bankgarantie »auf erstes Anfordern« und ihre Behandlung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes

Band 59
1984. XXXIV, 654 Seiten.
ISBN 9783166447469
Festeinband 139,00 €

Müller-Graff, Peter-Christian

Unternehmensinvestitionen und Investitionssteuerung im Marktrecht

Zu Maßstäben und Schranken für die überbetriebliche Steuerung von Produktionsinvestitionen aus dem Recht des wettbewerbsverfassten Marktes

Band 58
1983. VII, 153 Seiten.
ISBN 9783166447285
Festeinband 59,00 €

Peters, Egbert

Richterliche Hinweispflichten und Beweisinitiativen im Zivilprozeß

Band 57
1983. XVI, 215 Seiten.
ISBN 9783166446691
Leinen 64,00 €

Schlüchter, Ellen

Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale im Strafrecht

Band 56
1983. XVIII, 310 Seiten.
ISBN 9783166446684
Festeinband 99,00 €

Dittmann, Armin

Die Bundesverwaltung

Verfassungsrechtliche Grundlagen, grundgesetzliche Vorgaben und Staatspraxis ihrer Organisationen

Band 54
1982. IX, 140 Seiten.
ISBN 9783166443713
Broschur 49,00 €

Rütten, Wilhelm

Das zivilrechtliche Werk Justus Henning Böhmers

Ein Beitrag zur Methode des *Usus modernus pandectarum*

Band 52
1981. XIII, 187 Seiten.
ISBN 9783166436326
Leinen 64,00 €

Bayer, Hermann-Wilfried

Die Liebhaberei im Steuerrecht

Ein Beitrag zur Lehre vom Steuertatbestand

